

## **Der Nahe Osten im Spannungsfeld von Nationalität, Territorialität und staatlicher Identität**

(1990)

### **Einleitung**

Einzelmenschen haben, ebenso wie Gruppen, das Bedürfnis nach Territorialität, ja, nach einem „Lebensraum“; nein, „Lebensraum“ nicht im Sinne der Nationalsozialisten, sondern verstanden als Raum, in dem Einzelmenschen und Gruppen ungestört leben und sich entfalten können, ohne die Vorherrschaft durch andere befürchten zu müssen. Nur wenn diese Entfaltung möglich ist, kann zwischen den Menschen in einem Territorium oder zwischen den Menschen in mehreren Territorien Vertrauen entstehen, Vertrauen bestehen.

„Die meisten der höheren Wirbeltiere (Vögel, Säuger, Reptilien) sind territorial“, schreibt der Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt in seiner „Biologie des menschlichen Verhaltens“ und fährt fort: „Sie besetzen einzeln, paarweise oder in geschlossenen Gruppen bestimmte Gebiete, die man Territorien oder Reviere nennt, und sie verteidigen diese notfalls gegen Eindringlinge.<sup>1</sup> Ähnlich der Mensch: Er „zeigt ebenfalls weltweit die Neigung, Land in Besitz zu nehmen und sich auf verschiedenen Ebenen gegen andere abzugrenzen“<sup>2</sup>.

Die Abgrenzung der Territorien ist nicht immer, aber oft zumindest mit der Androhung von Waffengewalt verbunden, wenngleich die Markierungen gerade die Vorherrschaft der einen Gruppe über andere verhindern soll. Indem jede Gruppe ihr eigenes Gebiet besitzt, wird Dominanz verhindert. Die Territorialität einer Gruppe ist eng mit ihrer Identität verflochten, mit ihrem Wir-Gefühl, mit dem Bewusstsein, zusammenzugehören. Mit und innerhalb der Gruppe kommunizieren

---

1 Irenäus Eibl-Eibesfeldt: Die Biologie des menschlichen Verhaltens. Grundriss der Humantheologie, München/Zürich, <sup>2</sup>1986, S. 417.

2 Ebd., S. 418.

ihre Mitglieder am leichtesten und am liebsten. Hier wächst Vertrauen am besten, weil Vertrautheit besteht. Die jeweilige Kommunikationsgruppe bzw. Kommunikationsgemeinschaft „Nation“ strebt für sich ihr Territorium, ihren Staat an, und das ist der „Nationalstaat“, ihr Nationalstaat. Nationalität, Territorialität und staatliche Identität hängen demnach offensichtlich mit Problemen des Vertrauens zusammen. Wir nehmen bewusst Anleihen bei Verhaltensforschern auf, bei den Fachdisziplinen, die das Verhalten von Menschen und Tieren untersuchen und die versuchen, „eine Biologie des Menschlichen Verhaltens“, eine „Humanethologie“, zu entwickeln. Das mag sowohl methodisch als auch politisch nicht indelikat sein, gerade in Deutschland; auch angesichts der Tatsache, dass einer der geistigen Väter der Humanethologie, nämlich Konrad Lorenz, in der NS-Zeit zwar nicht fachlich, aber politisch sowie moralisch versagte (Er war gewiss nicht der einzige Hochschullehrer in Deutschland, dessen menschliche Qualitäten seine fachlichen nicht erreichten.)

Politisch und begrifflich weniger anrühlich ist freilich die kommunikationstheoretische Variante. Sie greift auf Karl W. Deutsch zurück, der eine „Nation“ als „Kommunikationsgemeinschaft“ definiert. Zugleich hat K. W. Deutsch nachgewiesen, dass eine Gemeinschaft vornehmlich innerhalb ihres eigenen Gebietes kommuniziert, innerhalb ihrer staatlichen Grenzen, ihres politischen Territoriums. Politische Kommunikation hat demnach auch mit dem Problem des Territoriums zu tun, was wiederum über die Biologie hinaus zur Geografie führt, zur politischen Geografie. Die Politische Geografie führt ihrerseits hierzulande noch immer ein Mauerblümchen-Dasein. Auch dies hat seine historischen Gründe.

Die territoriale Identität von Nation und Staat garantiert keineswegs Vertrauen innerhalb einer Gemeinschaft. Durch die Vertrautheit innerhalb der jeweiligen Nation besteht jedoch eine keineswegs unwichtige Vertrauensgrundlage. Von Sicherheit kann keine Rede sein. Vertrauen und Gewissheit schließen einander eigentlich aus. Man traut dem Mitmenschen, wenn man ihm vertraut, aber man kann sich seiner nicht sicher sein. Man weiß nicht genau, was man vom anderen zu erwarten hat. Man glaubt an ihn, ohne Gewissheit zu haben. Das deutsche Wort „Vertrauen“ drückt diese wohl urmenschliche Empfindung ebenso aus wie der lateinische Begriff *fidem habere*, die englische Bezeichnung *con-*

*fidence*. Auch die romanischen Sprachen zeichnen die Dimension des Glaubens im Bezug auf Vertrauen auf: *confiance* im Französischen. Noch deutlicher im Hebräischen: Glauben heißt auf Hebräisch *Emuna*, Vertrauen *Emun*. Die drei Wurzelbuchstaben sind identisch, die beiden Worte nur durch den Endbuchstaben voneinander zu unterscheiden. Sprache gibt hier (auch hier, müsste man wohl eher sagen) offensichtlich anthropologisch-psychologische Grundmuster wieder.

Zwischen und in vielen Staaten des Nahen Ostens wird eher um die Prämissen von Vertrauen als um Vertrauen selbst gerungen: Um die Berechtigung von Staatsexistenzen und Staatsgrenzen. Nach Vertrauen im Nahen Osten zu schauen, ähnelt der Suche nach einem Luxusgut.

Wie hilfreich die territoriale Identität von Nation und Staat in Bezug auf politisches Vertrauen ist, beweist ein Blick auf Regionen und Staaten, wo diese territoriale Identität von Nation und Staat gerade nicht besteht.

Die Rede ist von *Vielvölkerstaaten*, in denen eine nationale oder religiöse Gruppe andere beherrscht, wo Dominanzbeziehungen das Verhältnis zwischen den Nationen und Gruppen kennzeichnen und wo auf demselben Gebiet verschiedene Nationen leben, eher nebeneinander und gegeneinander als miteinander. Ein wichtiger Grund: Die politische Führung des jeweiligen bi- oder gar multinationalen Staates entstammt weitgehend nur einer Nation oder Gruppe. Die von der Führung Ausgeschlossenen fühlen sich fremdbestimmt. Die Herrschaft durch Fremde ist einem nicht vertraut, und Misstrauen ist daher die Folge der Fremdherrschaft, es charakterisiert das Verhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen und Nationen desselben Staates. Mehr noch: Der überall und immer stattfindende Verteilungskampf um die knappen Güter wird durch die nationale Frage verschärft.

Die These lautet: Jede Kommunikationsgruppe, sprich: Nation, will Selbstbestimmung; Selbstbestimmung auf eigenem Gebiet, ohne die Anwesenheit anderer Gruppen auf demselben Territorium. Genau das ist jedoch – zumindest im Nahen Osten – kaum möglich. Dort leben auf dem Territorium eines Staates oft viele nationale, religiöse, oder auch ethnisch verschiedene Gruppen. Diese Tatsache schafft eher Misstrauen als Vertrauen, verursacht Konflikte, ist aber selbst zugleich Ergebnis historischer Konflikte. Sie ist sowohl abhängige als auch unabhängige Variable.

Wir finden vergleichbare Spannungen fast überall auf der Welt. Es handelt sich um ein globales Problem, nicht nur um ein regionales. Ich verweise zum Beispiel auf Jugoslawien, Rumänien, die Sowjetunion, auf die Volksrepublik China, auf Indien, Indochina, Malaysia, Pakistan, Afghanistan; auf afrikanische Staaten wie Nigeria, Mauretanien, den Senegal, Äthiopien, Ruanda, Burundi, Namibia und natürlich Südafrika. Hier gilt unser Interesse aber nicht der globalen, sondern der regionalen Dimension. Konzentrieren wir uns also auf den Nahen Osten.

Was ist der Nahe Osten? Wir zählen zu ihm einerseits das nordafrikanische Gebiet von Marokko über Ägypten und den Sudan. Andererseits gehören Israel, Syrien, Libanon, Jordanien, die Arabische Halbinsel, die Türkei, der Irak sowie der Iran dazu. Geografisch, demografisch und daher auch politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und nicht zuletzt militärisch ist die Region des Nahen Ostens mit den angrenzenden Gebieten Nordwestafrikas verbunden, auch mit dem Horn von Afrika, dem westlichen Rand des indischen Subkontinents, natürlich mit dem Süden der Sowjetunion. Interregionale Überschwappeneffekte sind häufig zu beobachten. Sie liegen – im wörtlichen, weil geografischen Sinne – nahe.

Der Nahe Osten ist eine Region zahlreicher Dauerkonflikte. Hier ist der Vertrauensmangel besonders ausgeprägt. Jedermann weiß es. Mit der Mentalität der Menschen im Nahen Osten, ihrer vermeintlichen Irrationalität, hat dies wenig zu tun. Strukturelle Gründe wären zu nennen, also Grundgegebenheiten, die kaum oder nur sehr langsam zu verändern sind. Sogar konstante Faktoren wären zu erwähnen; geografische Faktoren. Sie betreffen naturgeografische Aspekte, sie berühren auch territoriale Fragen, also die „politische“ oder die „politisch bedingte Geografie“.

Wir konzentrieren uns auf politisch-geografische Vertrauensprobleme. Sie beziehen sich auf den Nahen Osten. Zu überlegen ist, ob man das Instrumentarium der so verstandenen politischen Geografie auch auf andere Regionen und Konflikte übertragen könnte.

## Politisch-geografische Vertrauensprobleme

In der Politik ist die Geografie nur ein scheinbar oder zumindest nur teilweise konstanter Faktor. Konstant ist sie lediglich in Bezug auf die „natürliche Geografie“. Wo Menschen aktiv wurden, ist nichts so konstant wie der Wandel.

### Legitimitätsdefizite

„Legitimität“ sei im Sinne einer „operationalen Definition“ als geäußerte, innerlich empfundene und verinnerlichte Zustimmung der Staatsbürger zum eigenen Staatswesen sowie zur benachbarten Staatenumwelt verstanden. Ohne Legitimität kein Vertrauen; weder nach innen noch nach außen. Die gesamte arabische Welt ist auf der „Suche nach Legitimität“, so der amerikanische Nahostexperte Michael Hudson.<sup>3</sup> Hudsons These kann über die Arabische Welt hinaus fast auf den gesamten Nahen Osten übertragen werden.

Zu den nahöstlichen Staaten, deren Existenz zumindest in der Region selbst umstritten ist, gehört Israel. Das weiß jedermann. Einige wissen, dass auch der Libanon in die Gruppe illegitimer Staaten gehört. Noch weniger rechnen Jordanien oder gar den Sudan dazu. Bis in die späten 1950er-, teilweise in die 1960er-Jahre wären in gewisser Weise der Irak, Syrien und Saudi-Arabien auf diese Liste zu setzen.

Es würde zu weit führen, dies auszuführen. Historiker dürften sich für diese Entwicklung eher interessieren als Politikwissenschaftler. Für Politikwissenschaftler ist etwas anderes bemerkenswert, besonders bei der Erörterung des Problems „Vertrauen und Politik“: Im Laufe der vergangenen 20 Jahre hat nicht nur die normative Kraft des Faktischen dazu geführt, dass sich die Innen- und Außenwelt dieser einst illegitimen Staaten mit deren Existenz abgefunden hat. Entscheidend waren gewiss nicht die vielen Regimewechsel, selbst nicht die unsanfte Entmachtung einiger Monarchen oder Regierungschefs. Entscheidend war, dass früher vorhandene Ängste, Expansionsängste, widerlegt wurden. Statt Konflikt

---

<sup>3</sup> Michael Hudson: Arab Politics. The Search for Legitimacy, New Haven 1977.

ergab sich Koexistenz, entwickelte sich Vertrauen, weil man plötzlich entdeckte, dass man gemeinsame Gegner hatte, zum Beispiel den Panarabismus des ägyptischen Präsidenten Nasser.

### Israel

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Mit der Existenz des jüdischen Staates haben sich die arabischen Nachbarn Israels bestenfalls abgefunden. Die meisten haben es getan, auch wenn israelische Falken das Gegenteil behaupten. Libyen dürfte heute der einzige arabische Staat sein, der noch wirklich ernsthaft an die Möglichkeit glaubt, Israel vernichten, von der Landkarte verschwinden lassen zu können. Selbst die große Mehrheit in der PLO billigt inzwischen die Existenz Israels.<sup>4</sup>

Eine der vielen zeithistorischen Legenden besagt: Erst das Versprechen Großbritanniens, bei der Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für die Juden in Palästina helfen zu wollen, habe das friedliche Nebeneinander von Arabern und Juden in Palästina beendet. Mit anderen Worten: Die Balfour-Erklärung vom 2. November 1917 wird für den zionistisch-arabischen bzw. den israelisch-palästinensischen Konflikt verantwortlich gemacht. Tatsächlich hatten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern in Palästina schon in den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts begonnen.

Die ersten zionistisch motivierten jüdischen Einwanderer waren 1882 ins Land gekommen. Ihr Siedlungsmuster war eindeutig: Sie wollten für ihre Gemeinschaft ein eigenes Gebiet, Territorialität für die alt-neue Nationalität der Juden; für ihre erst noch zu stiftende Identität, die noch unfertig war, eher erhofft als wirklich.

Das Ziel alt-neujüdischer Nationalität und Territorialität einte alle Zionisten. Das Ziel jüdisch-staatlicher Identität war unter ihnen umstrit-

---

<sup>4</sup> Grundlegend zur politisch-historischen Geografie Israels ist Baruch Kimmerling: *Zionism and Territory. The Socio-Territorial Dimensions of Zionist Politics*, Berkeley 1983. Vgl. auch Michael Wolffsohn: *Politik in Israel*, Opladen 1983, Kapitel 20, und ders.: *Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*, Opladen, <sup>3</sup>1990, Kapitel 2. Wichtig auch Susan Hattis Rolef: *The Political Geography of Palestine. A History and Definition* (= *Middle East Review. Special Studies*, No. 3), New York 1983.

ten. Die Rechtszionisten drängten auf die Gründung des staatlichen Überbaus. Er sei zuerst und vor allem notwendig. Unsinn, konterten die Linkszionisten: Ohne Basis kein Überbau, ohne ein jüdisches Siedlungswerk kein jüdischer Staat. Also: Erst die Siedlung, dann der Staat.

Neben den Arabern siedelten die jüdisch-zionistischen Neuankömmlinge. Sie hatten nichts gegen die einheimischen Araber. Nicht wenige, vor allem die seit 1904 zunehmend dominierenden zionistischen Sozialisten, waren bereit, sehr paternalistisch, sozusagen Entwicklungshilfe zu leisten. Sie hegten in der Regel den Palästinensern gegenüber ein freundliches Desinteresse. Die einheimischen Palästinenser jedoch konnten kein Desinteresse haben. Dass sie freundlich reagieren würden, glaubten nur Illusionisten. Immerhin entstand in unmittelbarer Nachbarschaft der traditionell strukturierten palästinensisch-arabischen Gemeinschaft eine höchst moderne jüdische. Sie war den Palästinensern in doppeltem Sinne unvertraut: Sie war modern, und sie war nicht arabisch, flößte also kein Vertrauen ein.

Gewiss, zunächst kauften die zionistischen Organisationen das Land den arabischen Grundbesitzern ab. Diese präsentierten sich zwar oft laut und wortreich als Gegner des zionistischen Aufbauwerkes, aber der materiellen Versuchung widerstanden sie seltener. Kenneth Stein hat dies sorgfältig dokumentiert.<sup>5</sup> Auf diese Weise wurden die arabischen Grundbesitzer zu Kollaborateuren und untergruben langfristig den Vertrauensbonus, den sie innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft ursprünglich genossen hatten: Selbsterstörung einer gesellschaftlich-politischen Schicht.

Beim Erwerb der Böden achteten die zionistischen Käufer sorgsam darauf, dass keine oder so wenig Araber wie nur irgend möglich dort lebten. Jeder Nationalität ihre Territorialität! Das war ihr Ziel. Das sollte Konflikte verhindern. Das war jedoch nicht zu verwirklichen. Ende der 1920er-Jahre gab es kaum noch von Arabern unbesiedelte Gebiete. Also kaufte man in besiedelten Landesteilen. Die Explosion erfolgte umgehend: im Sommer 1929. Eine folgte seitdem der anderen, schon vor der Masseneinwanderung der 1930er-Jahre und lange vor Gründung des jüdischen Staates.

---

<sup>5</sup> Kenneth Stein: *The Land Question in Palestine, 1917–1939*, Chapel Hill 1984.

Wie viel Land haben die Zionisten gekauft, wie viel geraubt? Hierüber wird immer wieder gestritten. Eine unfruchtbare Diskussion. Denn Land konnten die Zionisten zwar von der ideell und materiell korrupten kleinen arabischen Oberschicht käuflich erwerben, nicht aber das Vertrauen der armen Massen der arabischen Unterschichten. Dieses Land war keine Immobilie. Vielmehr war und ist es als Territorium der Stoff, aus dem die Staats-Träume der jeweiligen Nationalitäten sind.

Wie jedes andere Volk, so der Rechtszionist Jabotinsky (der geistige Vater Menachem Begin), liebten die Araber ihr eigenes Land. Freiwillig würden sie es nicht aufgeben. Weil aber die Juden auch dieses Land wollten, sie zudem historische Rechte besäßen, müssten sie sich auf einen gewaltsamen Kampf einstellen. Um ihr jüdisches Territorium müssten sie eine „Eiserne Wand“ errichten. Gegen diese Eiserne Wand würden die Araber immer wieder anzurennen versuchen. Schließlich würden sie einsehen, dass sie uneinnehmbar sei. Sie würden sich mit der Existenz des jüdischen Staates abfinden, schrieb Jabotinsky bereits in den 1920er-Jahren. Verwirklicht wurde Jabotinskys Rezept von seinen innerzionistischen Gegnern, von den Linkszionisten, allen voran David Ben-Gurion. Vertrauen?

Es kam letztlich, wie Jabotinsky vorhergesagt hatte. Die Eiserne Wand wurde errichtet. Sie war wirksam. Die Araber haben sich mehr oder weniger mit der Existenz des Staates abgefunden. Aber Vertrauen konnte nicht wachsen. Es war ein Kampf ums Messer, mit dem Messer.

Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade Ägypten, also der arabische Staat, der am meisten gegen Israel geblutet hat, zuerst mit Israel Frieden schloss, 1978 (Camp David) beziehungsweise 1979 (Friedensvertrag von Washington). Die PLO hat nach nunmehr rund zwanzigjährigem Anrennen gegen diese Eiserne Wand Israels festgestellt, dass diese Bemühung mehr dem Kopf des Angreifers schadet als der Wand. Sie hat sich mit der Wand abgefunden. Aber Vertrauen?

Aus der Eisernen Wand sei wie in „Macbeth“ ein Eiserner Wald geworden, sagen inner- und außerarabische Kritiker. Wie im „Macbeth“ von Shakespeare habe sich der Eiserner Wald vorgeschoben. Das hängt mit der Problematik der Grenzen zusammen, mit der Legitimität der Staatsgrenzen, nicht mehr mit der Legitimität der Existenz des Staates. Daher kann uns hier auch nicht die israelische Siedlungspolitik beschäftigen.

Viele Israelis erkennen, dass sich die arabische Welt der Existenz des jüdischen Staates fügt. Sie vertrauen ihr nicht. Das ist zum einen auf die israelisch-arabischen Beziehungen zurückzuführen; zum anderen auf ein Misstrauen, das in mehr als dreitausend Jahren jüdischer Geschichte gewachsen und gewachsen und gewachsen ist. Vertrauen, so das historische Fazit zahlreicher Israelis (und Diasporajuden), Vertrauen ist gut, Misstrauen ist besser, Abschreckung am besten. Uneinig sind sich israelische Falken und Tauben über die Variante der Abschreckung: Soll sie offensiv sein? Das wollen die Falken. Defensiv gestalten möchten sie die Tauben.

Das historisch gewachsene Misstrauen von Juden innerhalb und außerhalb Israels ist ein WahrnehmungsfILTER, den man historisch verstehen kann, der aber tagespolitisch und psychologisch nicht hilfreich ist. Er birgt die Gefahr einer ethnozentristischen Blickweise. Man sieht nur die eigene Gemeinschaft, das ihr zugefügte, nicht aber das von ihr verursachte Leid, das seinerseits Misstrauen auf der anderen Seite schuf und aufrechterhielt. Konkret: Die jüdisch-israelische Seite neigte lange dazu, den Exodus der arabisch-palästinensischen Bevölkerung in den Jahren 1947/48 allein als Flucht darzustellen.

Vertreibung sei es gewesen, hatte die palästinensisch-arabische Seite entgegengehalten. Neuere zeithistorische Arbeiten, die beachtlicher Weise von höchst selbstkritischen israelischen Kollegen vorgelegt wurden, beweisen nun eindeutig, dass sowohl von Flucht als auch von Vertreibung geredet werden muss. Die Studien von Simha Flapan, besonders aber von Benny Morris und Uri Milstein, von Avi Shlaim und Ilan Pappé wären hier zu erwähnen. Doch auch israelische Ex-Militärs, heutige Politiker, zum Beispiel Verteidigungsminister Rabin, räumen offen und öffentlich ein, 1947/48 seien Araber vertrieben worden.<sup>6</sup>

---

6 Simha Flapan: *The Birth of Israel. Myths and Realities*, New York 1987 (dt. München 1988); Benny Morris: *The Birth of the Palestinian Refugee Problem*, Cambridge 1987; Ilan Pappé: *Moshe Sharett, David Ben-Gurion and the „Palestinian Option“, 1948–1956*, in: *Studies in Zionism* 7 (1986), S. 77–96; ders.: *British Foreign Policy towards the Middle East 1948–1951. Britain and the Arab-Israeli Conflict*, Boston u. a. 1987; Avi Shlaim: *Collusion across the Jordan. King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine*, Oxford 1988; Hauptkontrahent ist Shabtai Teveth: *Ben-Gurion. Burning Ground 1886–1948*, New York 1988. Das amtli-

Diese teilweise Vertreibung war der von vornherein aussichtslose Versuch, aus einer binationalen Gesellschaft eine mononationale zu schaffen, die Identität von Nation, Territorium und Staat herzustellen, einen Nationalstaat der Juden, von Juden, für Juden zu gründen. Israel war 1948 tatsächlich fast nur noch jüdisch, „araberrein“ sozusagen. Geblieben waren knapp 150.000. Inzwischen sind es, wohlgemerkt im israelischen Kernland, rund 700.000.<sup>7</sup>

Flucht, Vertreibung, Transfer oder wie die übrigen Schlagworte auch heißen mögen: Die binationale Wirklichkeit kann nicht verändert werden. Die quantitative Verteilung der nationalen Gruppen vermag man zu ändern, nicht das qualitative Kernproblem.

---

che Israel sprach immer von Flucht, die offizielle arabische und palästinensische Darstellung von Vertreibung. Die zeithistorische Forschung zeigt immer deutlicher, dass sowohl von Flucht als auch Vertreibung gesprochen werden muss. Ausgesprochen wird diese Tatsache nicht nur von Historikern im universitären Elfenbeinturm. „Ich habe mehr Araber vertrieben als du!“ antwortete Verteidigungsminister Rabin ohne beschönigende Schnörkel, sogar mit unverhohlenem Stolz, im August 1989 einem Zwischenrufer, der ihn und die Regierung aufforderte, „die Araber zu vertreiben“ (L. Galili, Haaretz, 14.08.1989). In diesen Zusammenhang gehört auch die Klärung des im April 1948 vornehmlich von Lechi- und Etzelangehörigen verübten Massakers von Dir Jassin. – Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist Gradmesser für die Bereitschaft, Probleme der Gegenwart zu lösen. Deshalb überrascht es nicht, dass im israelisch-jüdischen „Historikerstreit“ über die Frage „Flucht oder Vertreibung“ politische Falken und Tauben einander gegenüberstehen. Der Streit über Geschichte ist zugleich ein politischer Streit. Er bewegt die Gemüter und die Rotationsmaschinen der Tageszeitungen, nicht nur der wissenschaftlichen Verlage (vgl. zu Flucht und Vertreibung die deutsche Zusammenfassung von A. Jütte, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 12.05.1989. Die revisionistische Taube der „Neuen Geschichtsschreibung“, so der gängige Begriff in Israel, ist Benny Morris, Haaretz, 09.05. und 07.06.1989; unterstützt von Ilan Pappé, Haaretz, 18.05.1989. Die herkömmliche Darstellung vertritt der Ben-Gurion-Biograf Shabtai Teveth, Haaretz, 07., 14. und 21.04.1989. Zu Dir Jassin vgl. den israelischen Militärhistoriker Uri Milstein, Haaretz, 10.03.1989 sowie A. Ben-Wared, Haaretz, 19.04.1989). – Einig sind sich Tauben und Falken freilich darin, dass die Araberfrage nicht, wie beliebte Legenden besagen, eine „übersehene Frage“ gewesen sei. So viele Araber konnte keiner übersehen, hat keiner übersehen.

<sup>7</sup> Genaue Angaben in: Wolffsohn, Israel (wie Anm. 4), Teil B.

## Jordanien

Das Königreich Jordanien, bis 1946 Emirat Transjordanien, verdankt seine staatliche Existenz der „Ersten Teilung Palästinas“. Großbritannien nahm sie vor. Der Völkerbund hatte den Briten Palästina nach dem Ersten Weltkrieg als Mandatsgebiet zugesprochen. Um den vorher von ihr verprellten haschemitischen Herrscher der westlichen Arabischen Halbinsel zu besänftigen, hatte die britische Regierung 1922 das Mandatsgebiet jenseits bzw. östlich des Jordan, daher „Transjordanien“, dem Sohn des Haschemiten-Königs vermacht.

Das war eine ausgemachte Rücksichtslosigkeit. Sie betrog die Zionisten, denen die Briten 1917 in der Balfour-Deklaration ganz Palästina versprochen hatten. Sie betraf natürlich auch die einheimische Bevölkerung, also die Araber Palästinas. In Cisjordanien und in Transjordanien war Selbstbestimmung für sie ausgeschlossen. In Cisjordanien herrschten die Briten. Es folgten seit 1948 die Juden. In Transjordanien herrschte die aus dem Hejas (also dem Westen der Arabischen Halbinsel) mithilfe der Briten importierte Haschemiten-Familie. Die Palästinenser wurden Fremde im eigenen Land. Wenig änderte sich für sie durch die 1948 erfolgte Annexion des Westjordanlandes durch den transjordanischen König. Fortan war er König von Jordanien: Ost und West.

Nur auf die vornehmlich im Ostjordanland lebenden Beduinen konnte und kann sich die Haschemiten-Familie verlassen. 1958 knisterte es hörbar im Gebälk des jordanischen Königreiches, besonders im Westjordanland. Dort war die palästinensische Bevölkerung am heftigsten gegen den König aufgebracht. Hussein und seine Vorgänger hatten fast alle Entwicklungsprojekte in das politisch etwas zuverlässigere, weil mehr von Beduinen bewohnte, Ostjordanland gelenkt. Mit britischer Hilfe hielt das staatliche Gebäude. Die stattlicheren Förderungsmittel erhielt bis 1967, also bis zur Eroberung durch Israel, der Osten des jordanischen Königreiches. Vertrauen? Auf beiden Seiten nicht.

Das größte gegen die Palästinenser gerichtete Blutbad des jordanischen Königs und seiner Beduinenarmee fand im September 1970 statt, im „Schwarzen September“. Kleinere Unruhen gab es seitdem immer wieder, etwas größere im Sommer 1989. Allerdings zeigte sich 1989 auch

das prohaschemitische Kerngebiet anfällig. Kern des Konfliktes: Jordanien ist letztlich ein gegen die Palästinenser gerichteter Staat. Aber: 60 Prozent seiner Bürger sind Palästinenser. Erhielte Jordanien das Westjordanland zurück, was sehr unwahrscheinlich ist, wären rund 75 Prozent seiner Bürger Palästinenser. Wie jordanisch könnte Jordanien mit 75 Prozent Palästinensern bleiben?

Das war und ist König Hussein natürlich bekannt. 1967 bot sich ihm die goldene Gelegenheit, das Westjordanland abzustoßen. Er zog in den Krieg gegen Israel, um zu verlieren. Israel tat ihm den Gefallen, das Westjordanland abzunehmen. Nun droht es, sich daran zu verschlucken. König Hussein konnte natürlich nicht unverzüglich auf das Westjordanland verzichten, das ihm völkerrechtlich nie gehört hatte. Erst im Sommer 1988 bot sich hierfür eine Möglichkeit, ohne als Verräter an der palästinensischen Sache zu erscheinen. Das war gewiss sehr geschickt, aber Vertrauen konnte es bei den Palästinensern nicht wecken. Sie wussten, dass eine Front begründet wurde. Die Außenwelt empfand den Verzicht als Sensation. Eine eher sensationelle Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse. Der haschemitische König Jordaniens ist seiner palästinensischen Untertanen nicht sicher. Sein Staat ist nicht ihr Staat. Keine der beiden Seiten traut der anderen. Vertrauen besteht nicht.

Die palästinensischen Untertanen wollen Bürger eines palästinensischen Staates sein, keines haschemitischen. Und dieser Palästinenserstaat fände seine demografische, geografische und nationale Gesamtidentität in der Ergänzung durch das Westjordanland. Das Westjordanland ist aber von den Israelis besetzt.

In Israel gibt es in Bezug auf das Königreich Jordanien zwei Schulen. Die erste, bisher bestimmende, sucht die Zusammenarbeit mit dem Haschemiten-König. Verbindend wirkt die Gegnerschaft der Palästinenser. Schon vor 1948 funktionierte diese Kooperation von Zionisten und Haschemiten. Die zweite Schule rechnet mit dem mittelfristigen, auf jeden Fall mit dem langfristigen Zusammenbruch der jordanischen Monarchie. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis Jordanien nicht nur demografisch, sondern auch politisch von den Palästinensern bestimmt sei. Indem Jordanien faktisch „Palästina“ würde, hätten die Palästinenser endlich ihren heiß ersehnten Staat, und zwar nicht auf Kosten Israels.

Diese zweite Schule findet in Israel zunehmend Anhänger, keineswegs nur bei Falken. Dem bisher bestehenden israelisch-jordanischen Vertrauen ist dies nicht gerade förderlich. Doch jede Seite weiß, dass es um ihr eigenes Sein oder Nicht-Sein geht. Kooperation ist dabei nur Mittel zum Zweck. Schon der arabisch-israelische Krieg der Jahre 1948/49 hatte dies bestätigt: Zwar wollten sowohl Israelis als auch Haschemiten die Gründung von Arabisch-Palästina verhindern, was auch gelang. Aber in den Krieg zogen, in dem Krieg fielen Israelis und Jordanier, die gegeneinander kämpften. Kooperationen dieser Art kann man wohl kaum als vertrauensbildende Maßnahme bezeichnen.

### Libanon

Der Libanon ist ein religiöser, demografischer, politischer und analytischer Irrgarten. Man findet jedoch den Ariadnefaden, indem man sich die Illegitimität der Existenz dieses Staates bewusst macht. Ein Blick auf die Karte macht das Kernproblem sofort sichtbar: Der Libanon ist eine multireligiöse Gesellschaft, in der die Religion das Alltagsleben der Menschen durchaus noch prägt, in der also die Säkularisierung unvollkommen ist.

Ein äußerst delikates Gleichgewicht der politischen und wirtschaftlichen Macht wurde 1943 geschaffen. Seit 1975 ist für jedermann erkennbar, dass es nicht mehr besteht. Die Trennung zwischen Syrien und Libanon war von Anfang an, seit 1920/22, also seit der Errichtung des französischen Mandats, künstlich, genauer: kolonialpolitisch bedingt.

Die Christen waren mit der Entscheidung der französischen Mandats-, faktisch Kolonialmacht zufrieden, die Moslems empört. Beide hatten aus ihrer Sicht Recht. Die Christen verfügten über ihr deutlich markiertes Territorium, die sunnitischen ebenso wie schiitischen Moslems und die Drusen. Die nationale und territoriale Identität bestand seit Langem. Die getrennten Territorien waren Ergebnis blutigen Ringens. Sie waren aus Misstrauen und Verfolgungen entstanden. Aus diesen durch unterschiedliche Identitäten gekennzeichneten Territorien sollte eine neue staatliche Identität entstehen: der Libanon.

Die Christen betrachteten den Libanon als ihren Staat. Das war durchaus richtig. Er sollte vor allem sie schützen, und als staatsschaffende Macht trat Frankreich auf und ein. Die Christen verschanzten sich hinter ihrer Eisernen Wand, die brüchiger wurde. Zu Syrien und zur arabischen Welt wollten die europa-orientierten Christen keinesfalls. Ganz anders die sunnitischen und schiitischen Moslems sowie die Drusen. Für sie war das libanesisch-syrische Territorium stets eine Einheit, nämlich Groß-Syrien. Der Libanon war für sie so syrisch wie das Rheinland für Deutsche deutsch. Die Gründung des libanesischen Staates war und blieb für sie eine Teilung, durchaus der deutschen vergleichbar – mit einem entscheidenden Unterschied: Der Teilung ihres Territoriums war keine politische oder moralische Schuld vorausgegangen. Der Libanon war und ist nicht der Staat seiner moslemischen und drusischen, sondern seiner christlichen Einwohner. Diese haben ihn lange als Selbstbedienungsladen zur Niederhaltung der moslemischen und drusischen Bewohner betrachtet und behandelt. Vertrauen konnte so natürlich nicht wachsen, Dominanz wurde betoniert.

Das delikate Gleichgewicht der auch territorial deutlich voneinander abgegrenzten innerlibanesischen Kommunikationsgemeinschaften wurde durch die Palästinenser schließlich zerstört. Sie wurden von den moslemischen Libanesen in den Konflikt mit den Christen gezogen. Sie verfolgten freilich andere Ziele: Die Rückgewinnung Palästinas vom Libanon aus. Das stieß auf den Widerstand Israels, und aus dem syrisch-innerlibanesischen Konflikt wurde ein Dreikampf.

Aus dem Dreikampf wurde ein Vierkampf: Die seit der iranischen Revolution von 1979 immer selbstbewusster auftretenden und von Teheran unterstützten schiitischen Libanesen nutzten die Gunst der Stunde. Wenn der ungeliebte libanesischer Staat denn schon zerbrösele, dann sollte auf Teilen seiner Ruinen wenigstens ein im extrem schiitischen Sinne richtiges Gemeinwesen entstehen: eine Islamische Republik Libanon.

Der Libanon war als Staat eine Totgeburt, obwohl man aufgrund der Scheinblüte von 1945 bis 1975 lange von der Schweiz des Nahen Ostens sprach. Die Proporzdemokratie funktionierte nur so lange, wie die ursprünglichen demografischen Proportionen stimmten. Dynamik war nicht vorgesehen, schon gar keine Geburtenexplosion der islamischen Bevölkerung. Dynamik war aber absehbar und unvermeidlich.

Nur Machtteilung und Machtkontrolle im Sinne einer föderativen Ordnung hätte die geografisch-nationale Totgeburt vielleicht beleben können. Diese föderative Ordnung wäre im Sinne einer Kantonalverfassung nicht einmal sonderlich kompliziert gewesen. Doch Vorherrschaft, nicht wirkliche Herrschaftsteilung, also Kontrolle statt Vertrauen, wollten die Verfassungsväter der sogenannten Konkordanz- oder Proporzdemokratie des Libanon. Die christlichen, sunnitischen, schiitischen und drusischen Verfassungsväter von 1943 sicherten sich auf diese Weise erstens ein Stück der libanesischen Torte. Zweitens – und noch wichtiger: Sie festigten ihre Hausmacht als konfessionell legitimierte, regionale Clanchefs. Das Personal dieser Chefs zog dabei den Kürzeren.

Die libanesische Konkordanzdemokratie war ein inner- und inraelitärer Kompromiss. Er war einerseits vernünftig, weil er mögliches Blutvergießen zwischen den feindseligen Bevölkerungsgruppen verhindern sollte. Das gelang zeitweilig. Der Kompromiss war faul, weil er die Elitenzirkulation verhinderte und traditionelle Machtstrukturen zementierte. Dadurch konnten gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen keinen politischen Wandel auslösen. Das statische politische System wurde durch die gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik anachronistisch.

## Sudan

Wieder hilft der optische Eindruck beim Erkennen des grundlegenden politisch-geografischen und demografischen Problems und des daraus abgeleiteten Misstrauens, ein Misstrauen, das ebenfalls auf mangelnde Vertrautheit und fehlende Kommunikation zurückzuführen ist.

Ein Nord-Süd-Gegensatz prägt den Sudan: Im Norden leben Moslems, im Süden Animisten und Christen. Im Norden Araber, im Süden Schwarzafrikaner. Die Kommunikation der Menschen im Norden orientiert sich an dem nördlichen Nachbarn, also an Ägypten. Die Kommunikationsrichtung der südlichen Sudanesen zielt nach Schwarzafrika.

Seit jeher versuchte der islamische Norden, den nichtislamischen Süden zu islamisieren und damit zu dominieren. Dominanz statt Überzeugung und Vertrauen leitete diese Unternehmungen. Je islamischer der vom Norden geprägte und beherrschte Staat Sudan wurde, desto grö-

ßer der Nord-Süd-Gegensatz. Er führte schon bald nach der Unabhängigkeit zum Bürgerkrieg, der noch immer tobt, Millionen Menschen verhungern, ein riesiges Flüchtlingsproblem entstehen lässt.

### Illegitime Staatsgrenzen

Nicht nur illegitime staatliche Existenzen, sondern auch illegitime Staatsgrenzen verstärken die Struktur des wechselseitigen Misstrauens im Nahen Osten. Einige Beispiele: Was ist Marokko? Gehört zu diesem Staat auch die ehemals spanische Westsahara? Oder nur Teile derselben, die 1975 einverleibt wurden? Die Saharais wollen ihren eigenen Staat, Marokko sträubt sich: Staatliche und nationale Identitäten sind einmal mehr nicht identisch, sind Grundlage von Misstrauen und Hass, Kriegsursache.

Gehören die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla wirklich und gerechterweise zu Spanien oder eigentlich zu Marokko?

Wem gehört der erdöl- und uranreiche Aouzou-Streifen im Süden Libyens: zu Libyen oder zum Tschad? 1973 besetzte Libyen diesen Landstrich, 1989 wurde er geräumt. Die ungünstige wirtschaftliche Situation sowie der Druck Frankreichs haben dies erreicht. Wurde dadurch das Problem gelöst?

Die israelisch-ägyptischen Grenzstreitigkeiten um Taba wurden 1988 durch Schlichtung gelöst, weil auf beiden Seiten der politische Wille hierzu bestand. Die Legitimität der einen wie der anderen Ausgangslage war zweifelhaft. Ägypten und Israel pochten auf der 1906 einseitig von den Briten vollzogenen Trennung zwischen ihrem ägyptischen Herrschaftsraum und dem Osmanischen Reich.

Was eigentlich sind die Grenzen eines etwaigen Staates Palästina.<sup>8</sup> Soll es Groß-Palästina sein, also Israel, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und das Königreich Jordanien umfassen? Illegitim wäre es nicht: weder für die groß-palästinensische noch für die groß-israelische Option. Bis zur ersten, willkürlichen Teilung Palästinas durch die Briten gehörten alle diese Gebiete zu „Palästina“.

---

<sup>8</sup> Vgl. die Arbeiten von Kimmerling, Wolffsohn, Roleff (wie Anm. 4).

Legitimitäts- und damit Vertrauensdefizite bestehen traditionell in Bezug auf die Grenzen oder zumindest Grenzabschnitte zwischen dem Iran und Irak, dem Irak und Kuwait, zwischen Bahrain und Qatar zwischen einigen Mitgliedstaaten der Vereinigten Arabischen Emirate, zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nord-Jemen) und der Volksrepublik Jemen (Süd-Jemen), zwischen dem Süd-Jemen und Oman, zwischen Saudi-Arabien und beiden jemenitischen Staaten.

### Politische Geografie des Wassers

Wörtlich, sogar sprichwörtlich verstanden, bedeutet „Das Wasser abgraben“ alles andere als Vertrauen schaffen. So auch in der politisch-geografischen Wirklichkeit des Nahen Ostens. Dabei müssen wir auch die Randregionen des Nahen Ostens berücksichtigen. Wasser ist im Nahen Osten ein knappes Gut. Wem es fehlt, dem geht es schlecht, dessen Existenz ist gefährdet.<sup>9</sup>

Der Nil ist die Lebensader Ägyptens sowie des Sudan. Er hat zwei Quellflüsse, den Blauen und den Weißen Nil. Der Weiße fließt aus dem Gebiet um den Viktoria-See nordwärts, der Blaue entspringt in Äthiopien.<sup>10</sup>

Schon die italienische Kolonialmacht kam zwischen 1935 und 1941 auf den Gedanken, den in Ägypten stationierten Briten das blaue Nilwasser abzugraben. Sie planten, am Tana-See einen Staudamm zu errichten, ihre Kolonie zum Blühen, die britische zum Verblühen, zum Niedergang zu bringen. Die militärisch-politische Entwicklung verhinderte die Verwirklichung dieses Vorhabens. Aus den Schubladen geholt wurde es 1978 bis 1982/83. Die Sowjetunion Breschnews und das äthiopische Militärregime Mengistus drohten, der Friedenspolitik Anwar el-Sadats im wahrsten

---

<sup>9</sup> Vgl. allgemein zum Problem des Wassers in der Region: Joyce R. Starr (Hrsg.): *The Politics of Scarcity. Water in the Middle East*, Boulder 1988; Peter Beaumont: *Water Resources and their Management in the Middle East*, in: John J. Clarke / Howard Bowen-Jones (Hrsg.): *Change and Development in the Middle East*, London 1981, S. 40–72; Christiaan E. Gischler: *Water Resources in the Arab Middle East and North Africa*, London 1979.

<sup>10</sup> Vgl. John Waterbury: *Hydropolitics in the Nile Valley*, Syracuse, N.Y. 1979.

Sinne des Wortes das Wasser abzugraben. Gleichzeitig sollte Numeiris Sudan getroffen werden, der Sadats Aussöhnung mit Israel unterstützte.<sup>11</sup>

Auch der extrem antiisraelische Libyer Gaddafi glaubte seinerzeit, mit Wasser Politik treiben und Ägypten das Wasser abgraben zu können. Während Äthiopien am Hahn des Blauen Nils hantierte, wandte er sich dem Weißen Nil zu: Er hofierte den damaligen ugandischen Diktator Idi Amin, mit dem er Pläne zur Um- und Ableitung dieses Gewässers schmiedete. Der von vielen als „verrückt“ verschriene Libyer Gaddafi bewies damit, dass auch Wahnsinn Methode haben kann.

Das politisch-geografische Hantieren am Nil schien den Gegnern der Friedenspolitik Sadats umso dringlicher, als der ägyptische Präsident 1978 Bereitschaft signalisierte, Israel am Nilwasser zu beteiligen. Hierfür sollte eine Leitung in den Negev im Süden Israels gelegt werden. Dieser Plan scheiterte an innerägyptischer Opposition.<sup>12</sup>

In den späten 1980er-Jahren ging Addis Abeba auf Distanz zu Moskau. Im November 1989 nahm Äthiopien wieder diplomatische Beziehungen zu Israel auf. Es hoffte nicht zuletzt auf israelische Militärhilfe im Kampf gegen die vor allem von Saudi-Arabien, Syrien und Palästinensergruppen unterstützten Aufständischen in Eritrea und Tigre. Zweihundert israelische Ausbilder, berichtete die *Sunday Times* im Dezember 1989, reparierten die Ausrüstung und trainierten Soldaten der äthiopischen Streitkräfte. Außerdem würden 15 israelische Kfir-Flugzeuge verkauft, berichtete der Londoner *Independent* Anfang Januar 1990. Es sei auch die Auswanderung der rund 16.000 bis 22.000 verbliebenen (jüdischen) Falaschas genehmigt worden. Das alles provozierte Achmed Jibrils „Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando“: Seine Organisation werde wieder den Eritreern (EPLF) verstärkt helfen, erklärte er im November 1989. Äthiopien scheint jedoch die Hilfe Israels mehr zu schätzen, als die Drohung der PFLP-GC zu fürchten, zumal Addis Abeba offenbar auch in der Bewässerungswirtschaft auf israelische

---

11 Wie interessiert Israel auch gegenwärtig die innersudanesische Entwicklung verfolgt, beweist die Behauptung der sudanesischen Regierung, dass der jüdische Staat die südsudanesischen Rebellen unterstütze (Haaretz, 15.11.1989).

12 Vgl. Kamel Zouheiri: Israel et les eaux du Nil, in: *Revue d'Études Palestiniennes* 12 (1984), S. 37–50.

Erfahrungen setzt: In der Region des Tana-Sees solle mithilfe israelischer Fachleute der Blaue Nil gestaut werden, meldete *Radio Kairo* am 9. Januar 1990. Diese Absicht alarmierte natürlich Ägypten. Über Israels Todfeind Libyen warnte Ägyptens Präsident Mubarak Äthiopien – und damit auch Israel – vor Versuchen, die Wasserwirtschaft des Nils zu verändern. Auch die Regierung des Sudan reagierte nervös. Die sudanesishe Regierung hatte Israel außerdem beschuldigt, die Aufständischen im Süd-Sudan militärisch zu unterstützen, und behauptet, Israel habe am Bab el-Mandeb, am strategisch so wichtigen Ausgang des Roten Meeres, von Äthiopien einen Stützpunkt erhalten.<sup>13</sup>

Die natürlich-geografische Grenze zwischen dem Libanon und Israel bildet der Litani, ein kleiner, doch lebenswichtiger, weil lebensspendender Fluss. Die 1919 bei den Pariser Friedensverhandlungen von der Zionistischen Weltorganisation vorgelegte Wunschkarte des künftigen jüdischen Staates setzte diesen Fluss weitgehend in das eigene Territorium. Kein Wunder, dass auch später die arabische Umwelt israelische Aktionen gegen den Libanon misstrauisch beäugte. Das geschah vor allem seit 1978, noch mehr seit 1982. Würde Israel den Wasserhaushalt des Litani kontrollieren wollen? Bis zum weitgehenden Rückzug, der 1985 erfolgte, bestand zu dieser bängigen, von Misstrauen geleiteten Frage Anlass.<sup>14</sup> Das strukturelle Misstrauen wird durch den konstanten Faktor der natürlichen Geografie verstärkt.

Zwei der drei Quellflüsse des Jordan kontrolliert Israel seit dem Sechstage-Krieg: Den Dan und den Nabias. Bis 1967 verfügte es nur über den Quellfluss Dan. Der dritte Quellfluss des Jordan, der Hasbani, entspringt im südlichen Libanon. Eine Tatsache, die Israels Interesse an dieser Region über den militärischen Aspekt hinaus erklärt.<sup>15</sup>

Schon vor dem Sechstage-Krieg von 1967, seit den 1950er-Jahren, war es wegen des Jordanwassers immer wieder zu Scharmützeln gekom-

---

13 Vgl. dazu Haaretz, 10.11.1989; David Makovsky, Jerusalem Post International, 23.12.1989; S. Zedaka, Haaretz, 07.01.1990; Radio Kairo, 09.01.1990, zitiert im Monitordienst der Deutschen Welle (Nahost), 11.01.1990.

14 Vgl. zum Problem des Litani H.J. Skutel: Water in the Arab-Israeli Conflict, in: International Perspectives (Kanada), July/August 1986, S. 22–24.

15 Vgl. John K. Colley: The War Over Water, in: Foreign Policy 54 (1984), S. 3–26.

men. Sie waren zum einen politisch bedingt und hingen mit dem Legitimitätsdefizit Israels zusammen. Doch der ebenfalls defizitäre Wasserhaushalt aller Anrainerstaaten verwandelte den politisch-nationalen Kampf zusätzlich in einen Kampf ums Wasser.

Vertrauen wird sowohl von strukturellen als auch von konstanten, nämlich geografischen Faktoren erschwert. Die Reihe der Beispiele lässt sich fortsetzen. Sie sei nur skizziert.

Der Jarmuk ist ein Nebenfluss des Jordan. Er fließt durch syrisches und jordanisches Territorium. Seit Jahren möchten diese Staaten das Wasser des Jarmuk ihrer Landwirtschaft nutzbar machen. Israel misstraut den Absichten, weil es eine Verminderung der Jordanzuflüsse befürchtet. Durch deutliche politische und militärische Drohgebärden konnte Jerusalem die Verwirklichung der Pläne verhindern.

Rund zwei Drittel der Wasserquellen des Westjordanlandes werden vom und für das israelische Kernland genutzt.<sup>16</sup> Wasserwirtschaftlich ist das Westjordanland längst annektiert. Ohne diese Wasserzufuhr wäre Israel nicht mehr lebensfähig. Würde ein palästinensischer Staat bereit oder willens sein, die israelische Wasserversorgung zu garantieren? Vertrauen wäre gut. Es besteht nicht. Daher halten nicht nur Falken Kontrolle für besser.<sup>17</sup> Die politische Regelung der Euphrat-Nutzung ist zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak strittig. Syrien und der Irak sind seit Jahren verfeindet. Beide benötigen ebenso wie das Euphrat-Ursprungsland Türkei dringend das Wasser dieses großen Flusses. Die Türkei muss ihrem rasanten Bevölkerungswachstum mit einer Intensivierung der Land- und Energiewirtschaft begegnen. Hier sind Bewässerungs- und Staudammprojekte vorgesehen.<sup>18</sup>

Weil Syrien die gegen die Türkei kämpfenden Kurden unterstützt, droht Ankara, noch mehr Euphrat-Wasser zu stauen. Anfang Oktober 1989 konterte Syrien: Ein türkisches Flugzeug wurde „versehentlich“

---

16 Vgl. Joe Stork: Water and Israel's Occupation Strategy, in: MERIP Reports 116, July-August 1983, S. 19–24.

17 Vgl. die Anzeige der Zomet-Partei von Raphael Eytan, Jerusalem Post International, 30.09.1989; auch Haaretz, 08.10.1989.

18 Vgl. Angus Hindley: Rattle Lines Drawn for Euphrates, in: Middle East Economic Digest, 13.10.1989, S. 4 f.

abgeschossen. Die Türkei reagierte: Sollten sich Vorkommnisse dieser Art wiederholen, würden die Baupläne an den Staudämmen beschleunigt und erweitert, ohne Absprachen mit Syrien. Der türkische Präsident Özal drohte mit dem „Entzug von Euphrat-Wasser“. Den Worten folgten im Dezember 1989 Taten: Die Türkei kündigte an, sie werde, beginnend am 13. Januar 1990, für einen Monat das Euphrat-Wasser durch den Atatürk-Damm stauen.<sup>19</sup>

Hinter den Kulissen sondieren die Türkei, Israel, der Irak und Jordanien die Möglichkeiten, ihre Wasserpolitik – gegen Syrien – zu koordinieren. Bislang kursieren hierüber nur Gerüchte.<sup>20</sup> Vor dem Hintergrund der türkisch-syrischen Konfrontation des Jahres 1989 sind sie alles andere als auszuschließen. Mehr noch: Im Herbst 1989 war zu lesen, Israel plane, Trinkwasser aus der Türkei zu importieren.<sup>21</sup> Erste Koordinationsmaßnahmen wurden demnach getroffen. Der Praxisbezug der politisch-geografischen Analyse ist offensichtlich (durch das Abenteuer in Kuwait steht der Irak vor der Tür, droht „auszutrocknen“).

In Bezug auf Schiffsrouten der Erdölexporte sowie die Trassen der verschiedenen Ölleitungen im Nahen Osten ließe sich das politisch-geografisch bedingte Misstrauen weiter dokumentieren. Aus Platzgründen sei hier auf eine Veröffentlichung an anderer Stelle verwiesen.<sup>22</sup> Ebenso wie ein Staat dem anderen das Wasser abgraben könnte, ließe sich durch Sabotage der Ölleitungen und Ölrouten der Ölhahn zudrehen (die Türkei und Saudi-Arabien haben dies im Sommer 1990 vernünftigerweise getan).

---

19 W. K.[öhler], FAZ, 23.10.1989. Zur Ankündigung der Maßnahmen ab 13. Januar 1990 siehe Haaretz, 04.12.1989. Vgl. auch Turkish Daily News, 14.11.1989.

20 Haaretz, 30.11.1986. In Washington sollen Gespräche hierüber geführt worden sein.

21 Süddeutsche Zeitung, 21.10.1989. Auch die israelische Tageszeitung *Haaretz* berichtete hierüber mehrfach im Oktober und November 1989.

22 Vgl. Michael Wolffsohn: The Middle East, in: Werner Kaltefleiter/Ulrike Schumacher (Hrsg.): *Conflicts, Options, Strategies in a Threatened World. Papers Presented at the International Summer Course 1986 on National Security*, Kiel 1987, S. 145–182.

### **Überlappungen nationaler, ethnischer, religiöser und staatlicher Grenzen**

Zwischen den Grenzen nationaler, ethnischer und religiöser Identität einerseits und der jeweiligen staatlichen Territorialität andererseits besteht im Nahen Osten selten Deckungsgleichheit. Meist schon seit Jahrhunderten herrscht historisch gewachsenes, durch viele Entwicklungen bestätigtes Misstrauen zwischen: Arabern und Berbern in Nordafrika; Moslems und Kopten in Ägypten; arabischen Moslems und schwarzafrikanischen Bevölkerungsschichten im Sudan; zwischen Juden und Arabern in Israel; prohaschemitischen Beduinen und Palästinensern in Jordanien; Christen, Sunniten, Schiiten und Drusen im Libanon; Alawiten (eine schiitische Sekte), Sunniten, Drusen und Kurden in Syrien; Türken, Kurden und Armeniern in der Türkei; Kurden und Arabern im Irak; Sunniten und Schiiten im Irak; Persern, Kurden, Aserbaidschaniern, Arabern und Balutschen im Iran; streng sunnitischen und dem Königshaus nahestehenden Wahabiten und vom Iran mobilisierten Schiiten im östlichen Saudi-Arabiens; zwischen Sunniten, Schiiten und Palästinensern in Kuwait; zwischen Sunniten und Schiiten im Bahrain.

Natürlich könnten wir von „penetrierten Systemen“ reden. Dieses Vokabular klingt vertrauter. Substanzieller scheint die Tatsache zu sein, dass die Grenzen der nationalen, ethnischen und religiösen Sub-Systeme nicht mit den Grenzen der übergeordneten staatlichen Systeme, heißt: Territorien übereinstimmen. Das regionale und staatliche System kann deshalb kein Gleichgewicht finden. Freilich ist dies nur eine Beschreibung, keine Erklärung. Die Erklärung bietet das fehlende Vertrauen. Es zu stiften, ist bislang vielleicht zu selten versucht worden.

Die jeweiligen ethnischen, nationalen und religiösen Sub-Systeme sind mit ihresgleichen in Nachbarstaaten durch intensive, weil gewollte und nicht erzwungene Kommunikation vertrauter als mit Sub-Systemen im eigenen Staat, den sie nicht als ihren Staat betrachten. Die innerstaatliche Kommunikation ist oft erzwungen, nicht gewollt, was bestehendes innerstaatliches Misstrauen und dadurch auch zwischenstaatliches fördert. Ein Teufelskreis. An der Kurdenfrage ist er leicht zu erkennen. Die Kurden wollen einen eigenen Staat. Leben müssen sie in fünf Staaten: In

der Türkei, der UdSSR, Syrien, dem Irak und Iran. Wenn ihnen zum Beispiel der Iran politisch entgegenkommt und zudem Krieg gegen den Irak führt, unterstützen die Kurden Teheran. Bekämpft aber Teheran kurdische Autonomie- oder Unabhängigkeitsgelüste, suchen die Kurden in Bagdad Hilfe. Schwieriger ist es für die Kurden, wenn zwei ihrer unerwünschten Gaststaaten, wie die Türkei und der Irak, beim Niederkämpfen der kurdischen Hoffnungen gemeinsam (bis Sommer 1990) vorgehen. Auf die durch die Kurdenfrage bedingten türkisch-syrischen Spannungen wurde im Zusammenhang mit der politischen Geografie des Euphrat-Wassers hingewiesen.

Meistens leben die ethnischen, nationalen oder religiösen Gruppen auf gesonderten Territorien innerhalb der jeweiligen Staaten, wobei es auch kommunikationsintensive und vertrauensstiftende Überlappungen mit Territorien der Nachbarstaaten gibt. Das schafft die erwähnten inner- und zwischenstaatlichen Spannungen.

Doch nicht überall und immer gibt es diese zwischenstaatlichen Überlappungen. Gesonderte Teilterritorien in nur einem Staat gibt es auch: Zum Beispiel die sogenannten Entwicklungsstädte in Israel. Dort leben fast nur jüdische Israelis nordafrikanischer und westasiatischer Herkunft. Einige Bezirke der traditionellen Städte Israels sind ebenfalls bestimmten Herkunftsgruppen zuzuordnen. Oft entsprechen sie sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Trennungslinien. Dieses Muster kennen wir aus fast allen Teilen der Welt. Es sorgt für innerstaatlichen, gesellschaftlichen Zündstoff, seltener für zwischenstaatlichen und regionalen. Gleiches gilt in Bezug auf die allein von religiösen Juden bewohnten Stadtteile Israels. Jedermann kennt und nennt dabei *Mea Shearim* in Jerusalem oder *Bnei Brak* bei Tel Aviv. Sich selbst verschließende Siedlungen wie die israelischen Genossenschaften („Moschawim“) oder Kollektive („Kibbuzim“) sind ebenfalls eigene Kommunikationsgemeinschaften, sie gefährden jedoch nicht die gesamtstaatliche Gemeinschaft, stellen sie nicht infrage, kommunizieren freiwillig mit ihr und über die eigene Teilgruppe hinaus.

Anders die innerstädtische Trennung von Arabern und Juden in sogenannten gemischten Orten Israels, zum Beispiel in Ramla und Akko. Ziehen Araber in einen vorher jüdischen Bezirk, verlassen diesen die Juden. Kommunikation unerwünscht. Fremdheit. Keine Vertrautheit,

kein Vertrauen, Angst. Trennung als Sicherheit, Sicherheit durch Trennung.

### **Schlussbetrachtung: Personale und territoriale Föderationen als Vertrauensgrundlage?**

Gewiss, durch zwischenstaatliche Vereinbarungen ließe sich das doppelte, strukturell politische und konstant-geografische Misstrauen abbauen. Dies setzte allerdings voraus, dass die institutionelle Struktur der jeweiligen Staaten gefestigt, Struktur also im definitiven Sinne sowohl festes Grundgefüge als auch nur langsam und mühsam veränderbar wäre. Das genau kann man im Nahen Osten nicht voraussetzen, sondern nur wünschen. Veränderungen der Regime und Politik sind oft durch den Wechsel von Personen bedingt, deren Lebensdauer weder biologisch noch politisch kalkulierbar ist. Deshalb versuchen die potenziellen Konfliktpartner, sich militärisch zu sichern. Die Folge: Ein Rüstungswettlauf beginnt, und der schürt das Misstrauen weiter.

Fast überall: Vertrauensmangel zwischen den ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen und daher auch zwischen den Staaten des Nahen Ostens. Eine Lösung streben fast alle an: Den eigenen Nationalstaat. Das bedeutete jedoch die beinahe vollständige Auflösung der bestehenden Staatenwelt des Nahen Ostens, Verfestigung vorhandenen Misstrauens.

Die Auflösung der gesamten nahöstlichen Staatenwelt könnte bevorstehen. Im Libanon beobachten wir diesen Vorgang ohnehin schon seit Jahren. Über den Nahen Osten hinaus könnte in vielen Staaten der Dritten Welt Vergleichbares geschehen. Die auf der politisch-geografischen Analyse fußende Prognose legt diese Vermutung nahe. Sie betrifft Staaten und Regionen mit ähnlichen Überlappungen multinationaler Wirklichkeiten und nationalstaatlicher Ziele.

Das schon in Europa problematische und aus Europa im Zuge der Entkolonialisierung importierte Konzept des Nationalstaates entspricht nicht der nahöstlichen Wirklichkeit. Anwendbar ist es auf weitgehend homogene Gesellschaften, in denen die Grenzen von Nation und Territorium weitgehend übereinstimmen. Im Nahen Osten finden wir diese Voraussetzung selten. Das importierte Konzept ist unwirksam. Es fördert

Misstrauen und Konflikte. In diesen multinationalen oder multiethnischen oder multireligiösen Staaten herrscht meistens eine Teilgruppe über andere. So kann kein Vertrauen gestiftet werden. Wie dann?

Keiner hat Patentrezepte zu bieten. Vielleicht hilft eine föderative Lösung? Sie hätte den Vorteil der Machtteilung, der Machtkontrolle. Vermehrte Selbstbestimmung, weniger Fremdbestimmung. Weniger einseitige Dominanz, mehr wechselseitiges Vertrauen, weniger Misstrauen zwischen den Gruppen und somit zwischen den Staaten.

Territoriale Föderationen wären möglich, wo die verschiedenen Kommunikationsgemeinschaften auch territorial klar voneinander zu trennen sind. Zum Beispiel im Sudan, Irak, Iran, Syrien, Libanon, in der Türkei. Bezogen auf die Palästinenser, Jordanien und Israel ist eine solche territoriale Föderation schwerer zu verwirklichen. Innerhalb Jordaniens wäre sie problematisch, weniger (obwohl jährlich immer mehr) im Westjordanland, gar nicht im israelischen Kernland, wo ein jüdisch-arabischer Fleckenteppich entstünde.

Hier böte sich eine personale Föderation an. Unabhängig von der territorialen Zuordnung wäre die jeweilige ethnische, nationale oder religiöse Kommunikationsgemeinschaft die Grundeinheit einer solchen Föderation, einer solchen Machtteilung, einer solchen wechselseitigen Kontrolle. Der arabische Palästinenser in Nazareth, Ramleh oder Lod, in Ost-Jerusalem, Hebron, Nablus, in Gaza oder in Amman gehörte der personalen Föderationsgruppe der arabischen Palästinenser an. Der Jude in West-Jerusalem, Tel Aviv oder Haifa, im Westjordanland oder im Gaza-Streifen zählte zur personalen Föderationsgruppe der Juden. Die prohaschemitischen Jordanier wären der personalen Föderationsgruppe der Jordanier zuzuordnen.

Dem Mehrheitsprinzip wäre durch eine dem amerikanischen Repräsentantenhaus vergleichbare Kammer zu entsprechen. Die Sicherung der Minderheitenrechte könnte durch eine zweite, dem US-Senat ähnliche Kammer erfolgen. Jede personale Föderationsgruppe wäre in der zweiten Kammer gleich stark. Ein Ausschuss hätte zwischen beiden Kammern gegebenenfalls zu vermitteln. Die Regierung wäre aus dem Parlament zu bilden und sollte ihm gegenüber verantwortlich sein.

Der zerfallende Libanon war nicht unähnlich konstruiert und zerfiel trotzdem. Oder gerade deswegen? Der Libanon war ähnlich, doch eben

anders aufgebaut: Es war ein Elitenkartell. Innerhalb der verschiedenen Kommunikationsgemeinschaften beziehungsweise „Säulen“ oder „Lager“ (um die Begriffe der „Konkordanzdemokratie“ zu bemühen) dominierten traditionelle Familien oder Gruppen. Von demokratischen, auf Partizipation beruhenden, internen Mehrheitsentscheidungen konnte keine Rede sein. Die Zuteilung der wichtigsten Ämter erfolgte aufgrund der Herkunft. Über wirkliche Macht verfügte nur der Präsident, und der konnte nur ein Christ sein. Eine aus dem Parlament gebildete und diesem verantwortliche Exekutive hatte der Libanon gerade nicht. Der Präsident dominierte. Und dieses Amt gehörte nur einer Gemeinschaft.<sup>23</sup>

Wer stellt, kontrolliert und befiehlt die Streitkräfte? Die Bewaffnung aller personalen Föderationsgruppen könnte, wie im Libanon, einen Bürgerkrieg strukturell programmieren. Sie ist also auszuschließen. Denkbar wäre die Beibehaltung je einer israelisch-jüdischen sowie einer jordanischen Armee. Die palästinensische Föderationsgruppe sollte dann über eine eigene Polizei verfügen.

Eine Entmilitarisierung wäre denkbar, doch nicht machbar und zudem außenpolitisch riskant. Eine internationale Streit- und Kontrollmacht wäre erwägenswert. Kann sie aber Sicherheit nach innen und außen gewähren?

Am wichtigsten: Grenzen verlören ihre Bedeutung, wären nicht strittig, die knappen Güter könnten geteilt werden, ohne dass eine Gruppe befürchten müsste, zu kurz zu kommen. Die wechselseitige Kontrolle garantierte es. Zwischen naturgeografischen und politisch-geografischen Zielen gäbe es weniger Zielkonflikte.

Entscheidend: Das jeweilige Land, der geradezu mystifizierte Boden würde entmystifiziert. Zur Sicherung des volkseigenen Bodens müsste kein Blut fließen, die politisch brisante Mischung von Boden und Blut wäre entschärft. Mehrere nationale, ethnische und religiöse Gruppen könnten auf demselben Territorium leben. Diese Form der personalen Föderation könnte auch in anderen Regionen und Staaten angewendet werden, wo mehrere Volksgruppen um dasselbe Gebiet blutig ringen.

---

<sup>23</sup> Vgl. zum Libanon auch mit weiterführender Literatur Michael Kuderna: Libanon, in: Udo Steinbach/Rüdiger Robert (Hrsg.): Der Nahe und Mittlere Osten, Band 2: Länderanalysen, Opladen 1988, S. 235 ff.

Man denke zum Beispiel an die Auseinandersetzung zwischen Armeniern und Aserbajdschanern um die Region Berg-Karabach.

Eine derartige personale Föderation ähnelt nur auf den ersten Blick vorneuzeitlichen Herrschaftsgebilden. Diese waren nicht immer territorial durchgängig. Die geografischen Entfernungen waren nicht unerheblich. Territoriale Durchgängigkeit wäre aber in dem hier vorgeschlagenen personal-föderativen Gebilde gegeben. Eher böte sich der Vergleich mit dem osmanischen Millet-System an, in dem einzelnen Religionsgemeinschaften interne Autonomie zugestanden wurde.

Gewiss, die vergleichende Verhaltensforschung kennt bislang nur ein funktionierendes Nebeneinander von territorial getrennten Ethnien beziehungsweise Volksgruppen. Leben mehrere Volksgruppen auf einem Territorium, herrscht in der Regel die eine über die anderen. Das muss zur Festigung und Steigerung von Konflikten führen. Diesen Luxus kann sich keine der Volksgruppen mehr leisten, ohne das eigene Überleben langfristig zu gefährden. Sie müssen neue Überlebens-Modelle entwickeln, auf demselben Territorium.

Nur scheinbar bietet sich eine Teilung des Territoriums an. Eine solche Teilung ist aufgrund der naturgeografischen Gegebenheiten des israelisch-palästinensischen Konfliktes dysfunktional und daher sinnlos. Wie wollte man außerdem die räumliche Trennung von Juden und Palästinensern in Haifa, Lod, Ramla, Akko, in Galiläa, ja inzwischen sogar im Westjordanland erreichen? Etwa durch einen „Transfer“? Sollte es dann Gebiete geben, die „judenrein“ oder „araberrein“ wären? Entsetzlich; sowohl die Vorstellung hiervon als auch die unerlässliche Wortwahl. Jeder Transfer ist ohne physisches und psychisches Leid undenkbar. Man erinnere sich nur an Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945, der Moslems aus Indien und der Hindus aus Pakistan 1947.

Schaf und Wolf einträchtig nebeneinander. Naiv? Wahrscheinlich. Doch zu dieser Naivität gibt es keine Alternative, die das wechselseitige Überleben sicherte. Wie gesagt: Vertrauen basiert nicht nur auf analytischem Wissen oder gar auf Wissenschaft, sondern nicht zuletzt auf Glauben.